



DIALOG FORUM | Schillerstraße 59 | D-10627 Berlin
T: +49 30 26931460 | www.forumdialog.eu | Redaktion@forumdialog.eu

Presseschau, 14. bis 20. September 2023

Die Visaaffäre, bei der zur Zeit der PiS-Regierung etwa 250.000 Visa an Emigranten vergeben wurden, beschäftigt die polnische Presse weiterhin; unterdessen hat sich das Thema um neue Aspekte ausgeweitet. In der vergangenen Woche kamen aufgrund des polnischen Embargos von ukrainischem Getreide Spannungen im Verhältnis zwischen Polen und der Ukraine auf. Ferner befassen sich die Medien mit der Aufhebung der Geheimhaltung und Veröffentlichung des Warta-Plans, eines der polnischen Verteidigungspläne im Fall eines Angriffs von außen, zu Zwecken des Wahlkampfes. Ein weiteres Medienthema war in den letzten Tagen die Ausübung direkten Zwanges gegen Kinga Gajewska, Abgeordnete der Bürgerkoalition (KO), durch die Polizei.

Visaaffäre, die Fortsetzung

Die Affäre um die Erteilung polnischer Visa an etwa 250.000 Emigranten, darunter viele Moslems, mit denen PiS die Wähler gerne in Angst und Schrecken versetzt, zieht immer weitere Kreise. Es kommen immer weitere Informationen ans Tageslicht, und inzwischen interessieren sich auch im Ausland die Medien für den Vorgang.

Donald Tusk (Bürgerplattform, PO) bezeichnete die Visaaffäre als einen der größten Skandale des 21. Jahrhunderts. Senatsmarschall Tomasz Grodzki (PO) hielt eine Fernsehansprache dazu, um davon auch die Wähler der Rechten zu informieren, weil sich PiS-Politiker entweder gar nicht zu der Krise äußern oder nur Banalitäten von sich geben, um eine Antwort zur Erklärung der Ungereimtheiten zu vermeiden. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki (PiS) nannte bereits vor der Ansprache den Senatsmarschall einen Lügner, verglich ihn mit dem kommunistischen General Wojciech Jaruzelski, der die Einführung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 zu verantworten hatte, und rief die Bürger auf,

den Fernsehkanal zu wechseln.¹ Justizminister Zbigniew Ziobro (Solidarna Polska, SP) versucht unterdessen, den Spieß umzudrehen, indem er nach Korruption bei der Visavergabe zur Zeit der Regierung Tusk (2008–2015) suchen lässt, um den damaligen Außenminister Radosław Sikorski (PO) zu belasten.² Auf einer Konferenz am Dienstag teilte die Staatsanwaltschaft mit, ein Untersuchungsverfahren zu den Aktivitäten des Konsulardienstes in den Jahren 2009–2015 eingeleitet zu haben, und Justizminister Ziobro erklärte, Sikorski habe von den Unregelmäßigkeiten bei der Visavergabe in seinem Ressort gewusst. Sikorski bestätigte Ziobros Aussage und fügte hinzu, er habe auf die Unregelmäßigkeiten unter anderem mit der Abberufung des gesamten Personals aus dem polnischen Konsulat im ukrainischen Lutzk reagiert, in dem es Missbräuche gegeben habe.³

Mirosław Oczkoś, Experte für politisches Marketing und Imagebildung, schätzt in der *Gazeta Wyborcza* die Lage wie folgt ein: „Wir haben es hier mit einem Schneeballeffekt zu tun, wahrscheinlich wird diese Affäre der PiS-Partei ein Ende bereiten. Die Zeit dafür ist knapp, aber sie reicht aus, um die PiS-Partei Wähler verlieren zu lassen, denn die Affäre reicht über Polens Grenzen hinaus. [...] diese Affäre kreist um etwas, was jeder echte Pole begreift: jemand hat Kasse gemacht. Noch dazu Kasse gemacht mit etwas, womit PiS eine Politik der Angst betreibt, wovor sich PiS-Wähler fürchten, weil sie so konditioniert worden sind, nämlich Flüchtlinge nach Polen zu bringen.“⁴

Im rechten Medienspektrum kommentiert Marcin Kędryna auf dem Portal *i.pl*: „Ja, es ist wahr, es gibt eine Affäre. Die polnischen Geheimdienste haben aufgedeckt, wie polnische Visa verkauft werden. Einige hundert. Nicht einige tausend. Es wurden einige Personen festgenommen. Der verantwortliche stellvertretende Minister hat die politische Verantwortung übernommen, hoffen wir, dass er nicht den höchsten Preis bezahlt.“⁵

Auch das Portal *wPolityce.pl* spielt das Thema herunter. Dort befasst sich Edyta Hołdyńska vor allem mit den technischen Einzelheiten der Affäre und schließt: „Erstens ging es bei der ganzen Sache nicht um kriminelle Vorgänge bei der Visaausgabe, sondern bei der Reservierung von Terminen in den Konsulaten. Was bedeutet, dass nicht für die Visa bezahlt wurde, sondern nur für einen Platz in der Warteschlange. Und das Geld ging nicht an die Konsuln oder Minister, sondern an korrupte Firmen oder Privatpersonen.“⁶

¹ <https://wyborcza.pl/7,75398,30194828,dr-miroslaw-oczkos-afery-wizowa-prawdopodobnie-to-jest-ta.html>

² <https://wyborcza.pl/7,75398,30206740,ziobro-znalazl-afery-wizowe-po-zapowiada-przesluchanie-sikorskiego.html>

³ <https://wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/7,114884,30208053,radoslaw-sikorski-potwierdzil-slowa-ziobry-wskazal-co-robil.html>

⁴ <https://wyborcza.pl/7,75398,30194828,dr-miroslaw-oczkos-afery-wizowa-prawdopodobnie-to-jest-ta.html>

⁵ <https://i.pl/nieprawidlowosci-przy-wydawaniu-wiz-czy-ta-sprawa-zawazy-na-wyniku-wyborow/ar/c1-17893875>

⁶ <https://wpolityce.pl/polityka/663076-trzy-manipulacje-w-sprawie-wiz-nie-kupowano-wiz-a-wizyty>

Blaszczak macht einen Verteidigungsplan öffentlich, um von der Visaaffäre abzulenken

Im neusten Wahlspot der Partei Recht und Gerechtigkeit machte Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak Teile eines Einsatzplans der polnischen Streitkräfte im Falle eines feindlichen Angriffs öffentlich. Der Warta-Plan stammt von 2011 und geht davon aus, dass Polen zehn bis vierzehn Tage lang den Kampf allein führen müssen, bevor verbündete Streitkräfte zum Einsatz kommen. Die Geheimhaltung des Plans wurde im Juli 2023 für Wahlkampfzwecke aufgehoben und diente der Regierung zu Anschuldigungen, die Tusk-Regierung sei „im Kriegsfall bereit gewesen, die Hälfte Polens preiszugeben.“

Militärexperten kritisieren den Vorgang. Der frühere Verteidigungsminister in der Koalitionsregierung von PO und Volkspartei (PSL) Bogdan Klich (PO) hält fest: „In jedem Land, Polen eingeschlossen, gab es bisher den eisernen Grundsatz, öffentlich nicht über operative Pläne zu sprechen. Auch nicht über Pläne, die es einmal gab, die es gibt oder geben wird. Das sind strengster Geheimhaltung unterliegende Dokumente.“⁷ Ähnlich äußert sich der Armeegeneral im Ruhestand Waldemar Skrzypczak: „Es muss glatt gesagt werden, dass Geheimnisse offenbart wurden, die der Geheimhaltung im Rahmen der NATO unterliegen.“⁸

PO-Sprecher Jan Grabiec nennt Blaszczaks Verhalten „Verrat der polnischen Armee, Uniform und Staatsräson“ und kündigt ein Verfahren vor dem Staatsgerichtshof an: „Für die Offenlegung von streng geheimen Dokumenten zu Wahlkampfzwecken droht der Staatsgerichtshof [für Verfassungsverletzungen durch Mitglieder von Staatsorganen zuständiges, höchstes polnisches Kriminalgericht; A.d.Ü.]. Das ist eine Verantwortung, der sich Minister Blaszczak stellen müssen. Das werden wir fordern, und wir sind dabei, einen Antrag vorzubereiten.“⁹

Marek Kozubal fasst in der *Rzeczpospolita* zusammen: „Die Benutzung eines Dokuments, das noch auf viele Jahre hinaus geheim bleiben sollte, als Wahlkampfmunition zeigt, dass wir in eine extreme Phase der politischen Auseinandersetzung eintreten. Es drängt sich der Eindruck auf, heute zählt allein nur noch der Sieg der Regierungspartei, die entgegen allen Versicherungen die Sicherheit des Landes aufs Spiel setzt.“¹⁰

⁷ <https://www.rp.pl/publicystyka/art39124181-marek-kozubal-mariusz-blaszczak-ujawnia-tajne-plany-obrony-polski-co-jeszcze-moze-pokazac-rosjanom>

⁸ <https://www.rp.pl/publicystyka/art39124181-marek-kozubal-mariusz-blaszczak-ujawnia-tajne-plany-obrony-polski-co-jeszcze-moze-pokazac-rosjanom>

⁹ <https://natemat.pl/511252,bedzie-wniosek-o-postawienie-blaszczaka-przed-trybunalem-stanu>

¹⁰ <https://www.rp.pl/publicystyka/art39124181-marek-kozubal-mariusz-blaszczak-ujawnia-tajne-plany-obrony-polski-co-jeszcze-moze-pokazac-rosjanom>

Noch schärfer äußert sich Paweł Wroński in der *Gazeta Wyborcza*: „In dem er Auszüge aus dem Plan zum Einsatz der Streitkräfte bei einer selbständigen Verteidigungsoperation der Öffentlichkeit preisgab, informierte Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak die Russen, wohin sie ihre Raketen lenken sollen, um möglichst viele polnische Soldaten zu töten und möglichst viel polnische Ausrüstung zu zerstören. Denn darum geht es im Krieg.“¹¹

Krise im Verhältnis zwischen Polen und Ukraine

In den letzten Tagen kam es zu wachsenden Spannungen zwischen Polen und der Ukraine. Ähnlich wie Ungarn und die Slowakei, hat auch die polnische Regierung den Import von ukrainischem Getreide aufrechterhalten, wovon der Transit durch Polen nicht berührt ist. Die Ukraine verklagte Polen vor der Welthandelsorganisation und kündigte ein Embargo auf polnische Tomaten, Zwiebeln, Kohl und Äpfel an.¹² Die Präsidenten beider Länder äußerten sich dazu auf der Vollversammlung der UNO in New York. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sagte am Dienstag: „[...] es ist beunruhigend, wie einige in Europa, einige unserer Freunde in Europa, für politisches Theater Solidarität spielen, indem sie aus der Getreidefrage einen Krimi machen. Vielleicht scheint es, sie spielten ihre eigene Rolle, aber in Wirklichkeit bereiten sie die Szene für den Moskauer Schauspieler vor.“¹³ Der polnische Präsident Andrzej Duda verglich Selenskyjs Äußerung mit einem Ertrinkenden, der einen Menschen mit in die Tiefe zerrt, der ihm zu helfen versucht: „Die Ukraine wird von Russland angegriffen und befindet sich zweifelsohne in einer sehr schwierigen Lage. Sie greift nach allem, was sich bietet. [...] Wir müssen so handeln, um uns davor zu schützen, dass uns der Ertrinkende Schaden zufügt. Denn wenn der Ertrinkende uns schadet und uns ertränkt, wird er keine Hilfe bekommen. Daher müssen wir unsere Interessen wahren. Das ist unsere vorrangige Pflicht, und wir werden das wirksam und entschlossen tun.“¹⁴

Auch Sławomir Mentzen, Vorsitzender von Nowa Nadzieja (Neue Hoffnung) und Angehöriger der Führung der rechten Konfederacja, spielt die Karte aus, die Ukraine müsse Polen für seine Hilfe dankbar sein. „Wir haben unserem Nachbarn eine Menge Waffen, Munition und Geld zur Verfügung gestellt. Wir haben Millionen von Flüchtlingen aufgenommen. Was bekommen wir zum Dank dafür? Klagen und Handelsrestriktionen. [...] Wo bleibt die Dankbarkeit der Ukraine? Wo bleibt die große persönliche

¹¹ <https://wyborcza.pl/7,75398,30206296,czy-blaszczak-zagraza-polsce.html>

¹² <https://wyborcza.biz/biznes/7,177151,30207216,ukraina-wprowadzi-embargo-na-polska-cebule-pomidory-kapuste.html>

¹³ <https://i.pl/zelenski-uderza-w-europejskich-przyjaciol-na-forum-onz-pomagaja-przygotowac-scene-pod-moskiewskiego-aktora/ar/c1-17905671>

¹⁴ <https://wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/7,114884,30207762,duda-nie-spotkal-sie-z-zelenskim-w-nowym-jorku-terminarz-sie.html>

Freundschaft zwischen Präsident Andrzej Duda und Selenskyj? Wieder mal stellt sich heraus: wie immer zählen in der Außenpolitik Interessen und nicht Sympathien.“¹⁵

Ireneusz Sudak meint in der *Gazeta Wyborcza*: „Wegen des Getreides verliert Polen seine Position als Land, auf das man in Sachen Ukrainekrieg hört. Kiew spielt um einen größeren Einsatz und beginnt, reguläre Beziehungen mit Brüssel aufzubauen.“¹⁶

Michał Sudrzyński bemerkt dagegen in der *Rzeczpospolita*: „PiS weiß, dass in nicht ganz einem Monat Wahlen stattfinden, und muss den Landwirten zeigen, dass die Partei sich für ihre Interessen einsetzt. PiS muss alles tun, damit sie nicht zur Konfederacja überwechseln. Aber das alles hat wirklich wenig damit zu tun, die Interessen der polnischen Landwirtschaft zu verteidigen, sondern ist der panische Versuch, die Versäumnisse der Regierung zu maskieren, die im Verlauf eines Jahres kein sinnvolles System erarbeitet hat, das es erlauben würde, ukrainische Agrarerzeugnisse in Drittländer zu exportieren und dabei zu verhindern, dass Teile davon auf den polnischen Markt gelangen.“¹⁷

Festsetzung einer Oppositionsabgeordneten

Am Dienstagabend erhitzte sich das polnische Internet bis zum Rotglühen mit der Nachricht von der Anwendung direkter Zwangsgewalt durch die Polizei gegen die Oppositionsabgeordnete Kinga Gajewska von der KO. Diese war auf einer Wahlversammlung von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki (PiS) im masowischen Otwock erschienen und hatte die Veranstaltung mit einem Megaphon gestört, wobei sie die Teilnehmer über die Visaaffäre und die Einlassung von 250.000 Migranten nach Polen informierte. Die Polizei brachte die Abgeordnete unter Zwang in den Streifenwagen, obwohl sie sich den Polizisten als Abgeordnete zu erkennen gab, was weitere Personen bestätigten, wie in zahlreichen Posts in den sozialen Medien zu sehen ist. Nachdem sie sich in dem Streifenwagen ausgewiesen hatte, wurde „die Abgeordnete von einem Polizisten im Rang eines Oberkommissars ermahnt; dieser soll gesagt haben, ihm habe das Verhalten der Abgeordneten *nicht gefallen*.“¹⁸ Am Mittwoch teilte Gajewska mit, dass sie auf das Vorkommnis hin bei der Staatsanwaltschaft wegen eines möglichen Rechtsbruchs durch die Polizisten Anzeige erstattet habe.

¹⁵ <https://www.rp.pl/polityka/art39130991-mentzen-gdzie-wdziecznosc-ukraincow-wykorzystali-frajerstwo-polskiego-rzadu>

¹⁶ <https://wyborcza.biz/biznes/7,179190,30204069,zboze-z-ukrainy-jest-pozew-przeciwno-polsce-kijow-uklada-relacje.html>

¹⁷ <https://www.rp.pl/komentarze/art39131471-michal-szudrzyński-pis-bierze-ukraincow-za-zakladników-w-kampanii-wyborczej>

¹⁸ <https://www.rp.pl/wybory/art39134661-poslanka-po-wciagnieta-do-radiowozu-donald-tusk-reaguje-policja-sie-tlumaczy>

Wojciech Tumidalski bemerkt in der *Rzeczpospolita*: „Sollten Politiker ernsthaft erwogen haben, die parlamentarische Immunität aufzuheben, dann hat ihnen die Polizei die Idee aus dem Kopf geschlagen, indem sie die Oppositionsabgeordnete Kinga Gajewska grundlos festsetzte.“¹⁹

Michał Dworczyk (PiS), Minister in der Kanzlei des Ministerpräsidenten, kann an dem Vorgang nichts Schlimmes finden und bezeichnet ihn als Provokation: „Dieser Zwischenfall gehört zu einer ganzen Reihe von Provokationen, zu denen die Bürgerplattform immer häufiger greift. Jeden Tag werden wir Zeugen der Provokation von Polizisten, Journalisten usw. Anscheinend hat Donald Tusk daraus eine Wahlkampfstrategie gemacht.“²⁰

Dem pflichtet Mariusz Kamiński (PiS) bei, Chef des Ministeriums für Inneres und Verwaltung. Er kündigt an, die Polizisten von Otwock nicht zur Verantwortung zu ziehen: „Die Polizei handelt im Rahmen des Gesetzes und stützt sich auf die Rechtsvorschriften, und so war es meiner Meinung nach auch in diesem Fall. In diesem Augenblick sehe ich keine Grundlage dafür, Maßnahmen gegen die Polizisten zu verhängen.“²¹

Die Opposition ist anderer Meinung und äußert ihre Empörung vorrangig auf der Plattform X (vormals Twitter). „Schändliche Festnahme der Abgeordneten Kinga Gajewska durch die Polizei während einer friedlichen Demonstration. Wir haben schon belarussische Verhältnisse. Durch [Jarosław] Kaczyński, Kamiński und [Jarosław] Szymczyk [seit 2016 Chef der polnischen Polizei; A.d.Ü.]. Sie werden sich dafür verantworten müssen“,²² so Senator Marcin Bosacki von der KO.

In ähnlichem Tonfall äußerte sich Senator Krzysztof Brejza (KO): „Die verkleideten [d.h. uniformierten; A.d.Ü.] PiS-Anhänger verstießen gegen die Immunität der Abgeordneten Kinga Gajewska, weil sie laut gesagt hatte, dass PiS 250.000 Migranten aufgenommen hat. Aber die Regierung hat Angst, sie merkt, dass ihr Ende näher rückt.“²³

Der KO-Vorsitzende Donald Tusk fasste in dem Fernsehsender Polsat zusammen: „Die KO-Abgeordnete Kinga Gajewska, die zu den Einwohnern von Otwock über die Visaaffäre sprach, ohne mit jemandem Streit anzufangen, wurde von der Polizei festgehalten. Ihr wurde der Arm verdreht und sie wurde zu einer sogenannten *suka* [wörtlich „Hündin“, poln. Entsprechung der Grünen Minna; A.d.Ü.] gebracht; das ist eine wirklich schon sehr beunruhigende Verfahrensweise.“²⁴

¹⁹<https://www.rp.pl/opinie-prawne/art39135401-wojciech-tumidalski-zatrzymanie-poslanki-po-kingi-gajewskiej-czy-policja-zna-przepisy>

²⁰<https://wpolityce.pl/polityka/663310-prowokacja-gajewskiej-dworczyk-o-obowiazkach-posla>

²¹<https://wpolityce.pl/polityka/663278-szef-mswia-o-sprawie-gajewskiej-policja-dziala-prawidlowo>

²²<https://www.onet.pl/informacje/onetwarszawa/policja-przeniosla-do-radiowozu-poslanke-po-panstwo-policyjne-kaczynskiego/1x6jry9,79cfc278>

²³Tamże

²⁴<https://wiadomosci.dziennik.pl/polityka/artykuly/9301215,tusk-komentuje-incident-w-otwocku-to-sa->

Tweet der Woche

„Wer hat dem Herrn Vorsitzenden nicht gesagt, dass der Sachplan von 2011 ein Ausführungsdokument zur Verteidigungsdirektive des Präsidenten L[ech] Kaczyński war, ausgegeben auf Grundlage der Nationalen Sicherheitsstrategie von 2007, bestätigt durch den Präsidenten der Republik Polen L. Kaczyński auf Antrag des Vorsitzenden des Ministerrats J[arosław] Kaczyński?“²⁵

Stanisław Koziej, General im Ruhestand; Dozent; vormaliger Chef des Büros des Präsidenten für Nationale Sicherheit und stellvertretender Verteidigungsminister, über den von PiS öffentlich gemachten Plan zur Verteidigung Polens von 2011.

Bearbeitung: Anna Wróblowska

Aus dem Polnischen von Andreas R. Hofmann